

Nichtwahl aus Unzufriedenheit: eine Option auch für Hochgebildete?

Martin Althoff

Die Beteiligungsraten bei Bundestagswahlen sinken und haben 2009 mit 70,8 Prozent ihren bisherigen Tiefstand erreicht. Zur Erklärung dieses Phänomens haben sich in der Wahlforschung mit der Krisen- und Normalisierungsthese zwei Interpretationsmöglichkeiten etabliert: Verweigern Bürger aus Protest oder fehlender politischer Unterstützung dem politischen Personal ihre Stimme, ist niedrige Wahlbeteiligung als Krise zu interpretieren. Liegt die Ursache in einer passiven Zufriedenheit, wäre dies ein Zeichen der Normalisierung.¹

Laut *Ursula Feist*² ist Nichtwahl primär aus Unzufriedenheit mit dem politischen Personal zurückzuführen. Sind Personen mit der politischen Arbeit ihrer Repräsentanten unzufrieden, führt dies oftmals zu Stimmenthaltung anstatt zu einer alternativen Parteienwahl. Trifft dies zu, bestätigt sich die Krisenthese, dass Nichtwahl als aktive Unzufriedenheit und Protest und nicht als passive Zufriedenheit zu deuten ist.

Für *Arend Lijphart*³ und *Armin Schäfer*⁴ ist Wahlenthaltung wegen Unzufriedenheit allerdings nicht über alle Gesellschaftsschichten gleich verteilt und fast ausschließlich ein Phänomen der bildungsfernen Schicht. Die Höhergebildeten beteiligen sich auch bei Unzufriedenheit, während sich die niedriggebildeten Unzufriedenen verdrossen ihrer Stimme enthalten.⁵

Dieser Beitrag zeigt, dass die bisherige Nichtwählerforschung den Zusammenhang zwischen Bildung, Unzufriedenheit und Wahlenthaltung nicht in seiner vollen Komplexität

- 1 *Dieter Roth* interpretiert sinkende Wahlbeteiligung eher als Normalisierung denn als Krisensymptom. Demnach gehen Wähler aufgrund einer passiven Zufriedenheit mit den politischen Verhältnissen nicht zur Wahl. Vgl. ders., Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom, in: *Karl Starzacher | Konrad Schacht | Bernd Friedrich | Thomas Leif* (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 58 – 68.
- 2 Vgl. *Ursula Feist*, Niedrige Wahlbeteiligung. Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: *Karl Starzacher | Konrad Schacht | Bernd Friedrich | Thomas Leif* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 1), S. 40 – 57.
- 3 Vgl. *Arend Lijphart*, Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: *American Political Science Review*, 91. Jg. (1997), H. 1, S. 1 – 14.
- 4 Vgl. *Armin Schäfer*, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: *Evelyn Bytzeck | Siegrid Roßteutscher* (Hrsg.), Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt am Main 2011, S. 133 – 154.
- 5 Vgl. *André Blais*, What Affects Voter Turnout?, in: *Annual Review of Political Science*, 9. Jg. (2006), H. 1, S. 111 – 125; *Claudio Caballero*, Nichtwahl, in: *Jürgen W. Falter | Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 329 – 365; *Thorsten Faas*, Das fast vergessene Phänomen. Hintergründe der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009, in: *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 69 – 86; *Thorsten Faas*, Wahlbeteiligung, in: *Jan van Deth | Markus Tausendpfund* (Hrsg.), Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?, Wiesbaden 2013, S. 413 – 440; *Christina Eder*, Warum haben Sie nicht gewählt? Eine Analyse der Bundestagswahl 2009, in: *Thorsten Faas | Kai Arzheimer | Siegrid Roßteutscher | Bernhard Wessels* (Hrsg.), Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation, Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 17 – 39; *Bettina Westle | Thomas Schübel | Aribert Heyder*, Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen, aber niemand geht hin?, in: *Bernhard Wessels | Harald Schoen | Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2013, S. 475 – 495.

betrachtet hat. Im Gegensatz zu *Lijphart* und *Schäfer* wird vermutet, dass Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit nicht nur bei Bildungsschwachen, sondern vor allem auch bei Höhergebildeten zu Nichtwahl führt. Zum Testen dieser Hypothese werden Umfragedaten zur Bundestagswahl 2009 ausgewertet. Danach führt Unzufriedenheit mit der politischen Regierungsarbeit vor allem bei Höhergebildeten zur Wahlenthaltung.

1. Theoretische Annahmen

1.1. Bildung und Wahlbeteiligung

Wolfinger und *Rosenstone*⁶ erkennen in ihrer systematischen US-Analyse Bildung als eine zentrale erklärende Variable von Wahlbeteiligung. Den beiden Autoren zufolge hat die formale Anzahl an Bildungsjahren einen positiven Effekt auf die Teilnahme an Präsidentschaftswahlen. Je gebildeter eine Person ist, desto eher wird sie ihre Stimme abgeben.

Als Grund für den starken Einfluss von Bildung auf Partizipation führen *Rosenstone* und *Hansen*⁷ an, dass allein Bildung die Fähigkeiten entwickelt, politische Informationen und Prozesse zu verstehen. Nur Personen, die ein Mindestmaß an Bildung genossen haben, sind in der Lage, abstrakten politischen Kampagnen in den Medien zu folgen und nach Programmen und Personen abzuwägen und einzuschätzen. Erst das Verstehen dieser Informationen führt zu politischem Engagement und somit zur Stimmabgabe.

Ähnlich argumentieren *Verba* u.a.⁸ mit ihrem Ressourcen-Modell. Demzufolge greifen Bürger bei politischer Partizipation auf ein Kontingent an politischen und gesellschaftlichen Fähigkeiten beziehungsweise Ressourcen zurück. Diese bestehen zum Beispiel aus verbaler Ausdrucksfähigkeit und dem Beurteilungsvermögen komplexer politischer Vorgänge. Diese verstehen und einschätzen zu können ist wiederum Grundlage für die Herausbildung von politischem Interesse, was seinerseits laut *Brady* u.a.⁹ ein Kernelement jeglicher politischer Partizipation und vor allem ausschlaggebend für die Stimmabgabe ist. Verbale Ausdrucksfähigkeit und das Beurteilungsvermögen komplexer politischer Sachvorgänge können sich nur entfalten, wenn ein Mindestmaß an Bildung vorliegt. Bleibt dies einer Person verwehrt, wird sie keine oder nur wenige Ressourcen aufbauen, sich nicht für politische Sachverhalte interessieren und auf die Wahlteilnahme verzichten. Demnach ist auch laut der Autorengruppe um *Brady*¹⁰ Bildung die Basis jeglicher politischer Partizipation. Dem Modell nach fällt der Effekt wie bei *Rosenstone* und *Hansen*¹¹ positiv aus. Über je mehr Bildung eine Person verfügt, desto stärker wird ihr politisches Ressourcenkontingent ausgebaut sein.

6 Vgl. *Raymond E. Wolfinger / Steven J. Rosenstone*, *Who Votes?*, New Haven 1980.

7 Vgl. *Steven J. Rosenstone / John Mark Hansen*, *Mobilization, Participation, and Democracy in America*, New York 1993.

8 Vgl. *Sidney Verba / Kay Lehman Schlozman / Henry E. Brady*, *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge 1995.

9 Vgl. *Henry E. Brady / Sidney Verba / Kay Lehman Schlozman*, *Beyond SES: A Resource Model of Political Participation*, in: *American Political Science Review*, 89. Jg. (1995), H. 2, S. 271 – 294.

10 Vgl. ebenda.

11 Vgl. *Steven J. Rosenstone / John Mark Hansen*, a.a.O. (Fn. 7).

Arbeiten, die einen positiven Bildungseffekt auf die Beteiligung an Wahlen konstatieren, sind zahlreich.¹² Im Kontext von Bundestagswahlen und Referenden in der Schweiz wurde dieser Zusammenhang ebenfalls bestätigt.¹³ Aus diesen Annahmen ergibt sich folgende Hypothese:

H1: Geringe Bildung erhöht die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl.

1.2. Unzufriedenheit und Wahlbeteiligung

Zur Erklärung von Nichtwahl durch Unzufriedenheit eignet sich das Konzept der politischen Unterstützung von *David Easton*¹⁴, das die positiven und negativen Bewertungen der Elemente des politischen Systems durch die Gesellschaftsmitglieder in den Blick nimmt. Das erste Element ist die politische Gemeinschaft, die Mitglieder der Gesellschaft und ihre Wertemuster, Loyalitäts- und Zugehörigkeitsgefühle gegenüber der Gemeinschaft. Das politische Regime stellt das zweite Element dar. Es repräsentiert die institutionelle Ordnung eines Staates mit Legislative, Exekutive und Judikative. Das dritte Element bilden die politischen Herrschaftsträger; diese sind an den institutionellen Rahmen (zweites Element) gebunden.

Die Gesellschaftsmitglieder sind über ein Input-Output-Schema mit den drei Elementen verbunden. Der Input erfolgt seitens der Mitglieder über Forderungen und die Unterstützung für das System. Der Output besteht aus Gesetzen, Werten und der Vermittlung allgemeiner Zielvorstellungen der politischen Führung, wovon wiederum die Unterstützung abhängt.

12 Vgl. *André Blais*, a.a.O. (Fn. 5); *ders.*, Turnout in Elections, in: *Russell J. Dalton / Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), *The Oxford Handbook Of Political Behavior*, Oxford / New York 2007, S. 621 – 635; *ders.* / *Agnieszka Dobrzynska*, Turnout in Electoral Democracies, in: *European Journal of Political Research*, 33. Jg. (1998), H. 2, S. 239 – 261; *Aina Gallego*, Where Else Does Turnout Decline Come From? Education, Age, Generation and Period Effects in Three European Countries, in: *Scandinavian Political Studies*, 32. Jg. (2009), H. 1, S. 32 – 44; *dies.*, Understanding Unequal Turnout: Education and Voting in Comparative Perspective, in: *Electoral Studies*, 29. Jg. (2010), H. 2, S. 239 – 247; *Neil Nevitte / André Blais / Elisabeth Gidengil / Richard Nadeau*, Socioeconomic Status and Nonvoting: A Cross-National Comparative Analysis, in: *Hans-Dieter Klingemann* (Hrsg.), *The Comparative Study of Electoral Systems*, Oxford / New York 2009, S. 85 – 108; *Norman H. Nie / Jane Junn / Kenneth Stehlik-Barry*, *Education and Democratic Citizenship in America*, Chicago u.a. 1996.

13 Vgl. *Marc Bühlmann / Markus Freitag*, Individual and Contextual Determinants of Electoral Participation, in: *Swiss Political Science Review*, 12. Jg. (2006), H. 4, S. 13 – 47; *Claudio Caballero*, a.a.O. (Fn. 5); *Michael Eilfort*, Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn u.a. 1994; *Thorsten Faas*, Das fast vergessene Phänomen, a.a.O. (Fn. 5); *ders.*, Wahlbeteiligung, a.a.O. (Fn. 5); *Thomas Kleinhenz*, Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1995; *Markus Klein*, Die Entwicklung der Beteiligungsbereitschaft bei Bundestagswahlen. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage der Politbarometer-Trenderhebungen der Jahre 1977 bis 2002, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57. Jg. (2005), H. 3, S. 494 – 522; *Line Rennwald*, Class (Non)Voting in Switzerland 1971-2011: Ruptures and Continuities in a Changing Political Landscape, in: *Swiss Political Science Review*, 20. Jg. (2014) (im Erscheinen); *Bettina Westle / Thomas Schübel / Aribert Heyder*, a.a.O. (Fn. 5).

14 Vgl. *David Easton*, *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965; *ders.*, A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, 5. Jg. (1975), H. 4, S. 435 – 457.

Diese wird in spezifische und diffuse unterteilt. Erstere ist kurzfristig orientiert und bezieht sich auf den unmittelbaren Output. Die diffuse Unterstützung ist langfristig orientiert und stellt eine dauerhafte Grundeinstellung zu allen drei Ebenen des politischen Systems dar.

Die spezifische Unterstützung verringert sich bei Unzufriedenheit mit kurzfristigen Phänomenen, zum Beispiel wenn die Leistungen von Parteien und Politikern schlecht bewertet werden. Die diffuse Unterstützung sinkt, wenn die Bürger mit dem gesamtgesellschaftlichen System, der allgemeinen Staatsform, den Institutionen und den Grundwerten des politischen Systems unzufrieden sind. Langandauernde Unzufriedenheit mit kurzfristigen Phänomenen wirkt sich negativ auf die diffuse Unterstützung aus.¹⁵

Es gibt eine Vielzahl von Arbeiten über Faktoren politischer Unterstützung.¹⁶ Aus ihren hier knapp skizzierten Annahmen ergibt sich folgende Hypothese:

H2: Unzufriedenheit mit der politischen Regierungsarbeit erhöht die Wahrscheinlichkeit von Nichtwahl.

1.3. Unzufriedenheit bei Höhergebildeten und Wahlbeteiligung

Nun führt Unzufriedenheit mit dem politischen Personal nicht nur bei Bildungsschwachen zu Nichtwahl, sondern vor allem auch bei Höhergebildeten. Im konkreten Fall lässt sich dieser Zusammenhang theoretisch folgendermaßen skizzieren: Nach den Modellannahmen von *Verba* u.a.¹⁷ sowie *Rosenstone* und *Hansen*¹⁸ benötigen Personen ein bestimmtes Maß an kognitiven Fähigkeiten beziehungsweise Ressourcen, um politische Informationen und Prozesse verstehen und verarbeiten zu können. Hat die Person die Informationen verstanden und verarbeitet, wird sie sich politisch beteiligen. Die Ressourcen wiederum können nur entstehen, wenn die Person über Bildung verfügt. Demzufolge führt wenig oder fehlende Bildung zu schwachen politischen Fähigkeiten, und die politischen Informationen und Prozesse können nicht verstanden und verarbeitet werden. So setzt zum Beispiel das Einschätzen vergangener Regierungsarbeit ein bestimmtes Maß an kognitiven Fähigkeiten voraus. Damit die Leistungen der Regierung bei der Nichtwahlentscheidung in Erwägung gezogen werden, muss der Nichtwähler somit genug Bildung genossen haben. Hat er dies nicht, wird er sich bei seiner Stimmverweigerung auf andere Faktoren stützen (einfachere Entscheidungsheuristiken), zu deren Beurteilung er kognitiv in der Lage ist. Daraus ergibt sich die folgende Forschungshypothese:

H3: Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit hat bei Höhergebildeten einen stärkeren Effekt auf Nichtwahl als bei Niedriggebildeten.

15 Vgl. ebenda.

16 Vgl. zum Beispiel *Kees Aarts / Jacques Thomassen*, Satisfaction with Democracy: Do Institutions Matter?, in: *Electoral Studies*, 27. Jg. (2008), H. 1, S. 5 – 18; *Carolina A. Fornos / Timothy J. Power / James C. Garand*, Explaining Voter Turnout in Latin America, 1980 to 2000, in: *Comparative Political Studies*, 37. Jg. (2004), H. 8, S. 909 – 940.

17 Vgl. *Sidney Verba / Kay Lehman Schlozman / Henry E. Brady*, a.a.O. (Fn. 8).

18 Vgl. *Steven J. Rosenstone / John Mark Hansen*, a.a.O. (Fn. 7).

2. Methodischer Gegenstandsbereich

Zur Überprüfung der drei Hypothesen werden Daten benötigt, die einerseits alle theoretisch relevanten Variablen enthalten. Andererseits müssen sie die nötigen Kontrollvariablen beinhalten, um die Robustheit der Ergebnisse sicherzustellen.

2.1. Daten

Die Daten der German Longitudinal Election Study (GLES) entsprechen den soeben genannten Kriterien. Die bisher größte deutsche Wahlstudie entsteht in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung und verfolgt das Ziel, Wählerverhalten bei drei aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen zu analysieren (2009, 2013 und 2017). Die Grundgesamtheit der jeweiligen repräsentativen Erhebungen bildet die wahlberechtigte deutsche Bevölkerung. Bei Anfertigung der vorliegenden Arbeit war der Nachwahl-Querschnitt (2.115 Befragte) zur Bundestagswahl 2009 (ZA5301, Version 4.0.0) der aktuellste, der durch das Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Gesis) bereitgestellt wird. Auf diesen Nachwahl-Querschnitt beziehen sich sämtliche Analysen zur Bearbeitung der hier aufgestellten Hypothesen.

2.2. Operationalisierung der Variablen

Da es um Gründe für die Beteiligung an der Bundestagswahl 2009 und nicht um Faktoren geht, die zur Wahl einer bestimmten Partei führen, verlangt die Untersuchung nach einer abhängigen Variable, welche die bloße Beteiligung an der Wahl erfragt. Die binär codierte Variable q36 entspricht diesen Kriterien. Die Interviewer fragten explizit nach der Teilnahme an der Bundestagswahl 2009. Die Befragten konnten sich der Antwortkategorie 1 „Ja, habe gewählt“ oder Kategorie 2 „Nein, habe nicht gewählt“ zuordnen. Die binäre Skalierung der abhängigen Variablen „Wahlteilnahme“ erlaubt die Verwendung eines logistischen Regressionsmodells. Die Kategorien 1 und 2 werden zu 0 und 1 umkodiert.¹⁹

Mit Hypothese 1 wird vermutet, dass Bildung einen positiven Effekt auf Nichtwahl hat. Demnach wird eine Variable gesucht, die über die Bildungsgruppenzugehörigkeit der Respondenten informiert. *Nie* u.a.²⁰ schlagen vor, dass der formale Schulabschluss unabhängig von absolvierten Schuljahren einen Hinweis auf den Bildungsstand einer Person geben kann. Formale Bildungsabschlüsse lassen sich in der Regel wiederum in eine Rangfolge von „niedrig“, bis „hoch“ bringen.²¹ Dafür kann die fünfstufige Frage d176 herangezogen werden. Die möglichen Kategorien, gehen aufsteigend von 1 „Schule ohne Abschluss beendet“ bis 5 „Abitur“. Realschüler und Personen mit Fachhochschulreife können jeweiligen Zwischenkategorien zugeordnet werden. Für die weitere Analyse werden die fünf Kategorien

19 Vgl. *J. Scott Long*, *Regression Models for Categorical and Limited Dependent Variables*, Thousand Oaks 1997.

20 Vgl. *Norman H. Nie / Jane Junn / Kenneth Stehlik-Barry*, a.a.O. (Fn. 12).

21 Vgl. *Aina Gallego*, a.a.O. (Fn. 12).

der Bildungsvariablen in die Ausprägungen „Niedrige Schulbildung“ und „Hohe Schulbildung“ umkodiert und zusammengefasst. Schüler werden nicht berücksichtigt und aus der weiteren Analyse ausgeschlossen.

Mit Blick auf die Hypothesen 2 und 3 werden unabhängige Variablen gesucht, mit denen die Zufriedenheit der Befragten mit der Regierungsarbeit operationalisiert werden kann. Indikator q52 entspricht diesen Kriterien. Die befragten Personen wurden gebeten, die Leistung der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD der vorangegangenen vier Jahre einzuschätzen. Der Indikator hat elf Stufen und geht von 1 „Voll und ganz zufrieden“ bis 11 „Vollständig unzufrieden“. Die subjektiv eingeschätzte Regierungsleistung eignet sich gut, um die kurzfristige Zufriedenheit im Sinne des Unterstützungsmodells nach *David Easton*²² zu operationalisieren. Ableiten lässt sich dieser Indikator darüber hinaus aus dem sozialpsychologischen Michigan-Modell, wonach kurzfristige Performanzeinschätzung zur Determinantentrias gehört.²³

Wahlenthaltung wird durch eine Vielzahl von Variablen determiniert.²⁴ Demzufolge werden in der Analyse mögliche weitere Indikatoren kontrolliert, um sicherzustellen, dass die Implikationen der Forschungshypothesen nicht auf dritte unbeachtete Größen zurückzuführen sind. Im Folgenden werden die theoretisch relevanten und in der Forschungspraxis üblichen Faktoren aufgeführt.

Brady u.a.²⁵ führen die Beteiligung an Wahlen vor allem auf politisches Interesse zurück. Je stärker dies bei einer Person ausgeprägt ist, desto wahrscheinlicher wird diese ihre Stimme bei Wahlen abgeben. Im Umkehrschluss tendieren politisch schwach Interessierte zu Wahlenthaltung. Politisches Interesse ist eine gängige unabhängige Variable zur Erklärung von Wahlenthaltung.²⁶ Demzufolge wird diese für die folgende Analyse berücksichtigt. Der Indikator q75 des Datensatzes ermittelt das politische Interesse der befragten Personen, die sich auf einer von fünf Kategorien von 1 „Sehr stark“ bis „Überhaupt nicht“ verorten konnten.

Die subjektiv empfundene Wahlnorm (Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht) korreliert ebenfalls positiv mit der Beteiligung an Wahlen. Je stärker eine Person die Stimmabgabe als gesellschaftliche Pflicht empfindet, desto eher wird sie wählen gehen. Analysen zeigen, dass dieser Faktor zu einem großen Teil die Beteiligung an Wahlen erklärt.²⁷ Mit Variable q87d findet sich die passende Größe im Datensatz, die die subjektiv empfundene Wahlbeteiligung als Bürgerpflicht operationalisiert. Die Respondenten wurden gefragt, ob es die Pflicht eines jeden Bürgers sei, wählen zu gehen. Eine Skala von -2 „Trifft überhaupt nicht zu“ bis +2 „Trifft voll und ganz zu“ bot fünf Antwortmöglichkeiten.

22 Vgl. *David Easton*, A Systems Analysis of Political Life, a.a.O. (Fn. 14); *ders.*, A Re-Assessment of the Concept of Political Support, a.a.O. (Fn. 14).

23 Vgl. *Angus Campbell / Gerald Gurin / Warren E. Miller*, The Voter Decides, Westport 1954.

24 Vgl. *Thorsten Faas*, Das fast vergessene Phänomen, a.a.O. (Fn. 5).

25 Vgl. *Henry E. Brady / Sidney Verba / Kay Lehman Schlozman*, a.a.O. (Fn. 9).

26 Vgl. *Anja Neundorff / Kaat Smets / Gemma M. García-Albacete*, Homemade Citizens: The Development of Political Interest during Adolescence and Young Adulthood, in: *Acta Politica*, 48. Jg. (2013), H. 1, S. 92 – 116.

27 Vgl. *John H. Aldrich*, Rational Choice and Turnout, in: *American Journal of Political Science*, 37. Jg. (1993), H. 1, S. 246 – 278; *Claudio Caballero*, a.a.O. (Fn. 5); *Achim Goerres*, Die soziale Norm der Wahlbeteiligung, in: *PVS*, 51. Jg. (2010), H. 2, S. 275 – 296; *Kaat Smets / Carolien van Ham*, The Embarrassment of Riches? A Meta-Analysis of Individual-Level Research on Voter Turnout, in: *Electoral Studies*, 32. Jg. (2013), H. 2, S. 344 – 359.

Parteibindung ist ein weiterer wichtiger Faktor der Wahlforschung. *Campbell* u.a.²⁸ verstehen unter dem Konstrukt Parteiidentifikation eine tiefe psychologische Bindung zwischen Partei und Wähler, der im sozialpsychologischen Modell eine besondere, den weiteren Größen Issue- und Kandidatenorientierung kausal vorgelagerte Stellung zugesprochen wird. Fühlt sich eine Person einer politischen Partei eng verbunden, wird sie dieser mit großer Wahrscheinlichkeit ihre Stimme schenken und somit auch besonders gewillt sein, an Wahlen teilnehmen. Im Umkehrschluss gilt, dass für Personen ohne enge psychologische Parteibindung diese zusätzliche „Motivationsstütze“ wegfällt. Demzufolge halten sich parteilich Ungebundene eher den Wahlurnen fern.²⁹ Item q30 operationalisiert die Parteiidentifikation der Interviewten. Auf die Frage, ob man sich einer bestimmten Partei nahe fühlt, konnte mit 1 „Ja“ oder mit 2 „Nein“ geantwortet werden. Für die Analyse wird Item q30 in eine Dummy-Variable mit den Ausprägungen 1 „Keine Parteiidentifikation“ und 0 „Parteiidentifikation vorhanden“ umcodiert.

Laut *Achim Goerres*³⁰ neigen Ältere eher zur Stimmabgabe als Jüngere. Gründe hierfür liegen im beteiligungsfördernden Effekt der eigenen politischen Vergangenheit. Haben ältere Menschen in der Vergangenheit regelmäßig den Weg zur Wahlurne angetreten, wird der Wahlakt mit der Zeit zu einer festen Gewohnheit. Haben Menschen keine negativen Konsequenzen mit ihren Gewohnheiten erfahren, brechen sie nur selten mit diesen. Somit kann Wählen als Gewohnheit den positiven Alterseffekt auf Wahlbeteiligung erklären.³¹ Der metrisch skalierte Indikator q2ad erfragt das Alter der interviewten Personen. Zur weiteren Analyse wird dieser in eine kategoriale Variable mit vier Ausprägungen umcodiert.

3. Empirische Ergebnisse: Wahlverweigerung der unzufriedenen Hochgebildeten

Mit Fokus auf die abhängige Variable „Wahlbeteiligung“ mit den beiden Ausprägungen 0 „Ja, habe gewählt“ und 1 „Nein, habe nicht gewählt“ fällt zunächst auf, dass die in der Umfrage gemessene Wahlbeteiligung die reale Beteiligung an der Bundestagswahl 2009 weit übertrifft. Rund 79 Prozent der Befragten gaben an, ihre Stimme abgegeben zu haben, während die tatsächliche Wahlbeteiligung bei 70,8 Prozent lag. Dieser Unterschied von 8,2 Prozentpunkten kann auf das Phänomen „Overreporting“ zurückgeführt werden. Demnach stellt für viele Menschen die Beteiligung an Wahlen ein sozial erwünschtes Verhalten dar. Um dieser Norm zu entsprechen, sagen viele Nichtwähler bei Umfragen die Unwahrheit und schlagen sich auf die Seite der Wähler.³²

28 Vgl. *Angus Campbell / Gerald Gurin / Warren E. Miller*, a.a.O. (Fn. 23).

29 Vgl. *Kai Arzheimer*, 'Dead Men Walking?' Party Identification in Germany, 1977–2002, in: *Electoral Studies*, 25. Jg. (2006), H. 4, S. 791 – 807.

30 Vgl. *Achim Goerres*, Why are Older People More Likely to Vote? The Impact of Ageing on Electoral Turnout in Europe, in: *British Journal of Politics and International Relations*, 9. Jg. (2007), H. 1, S. 90 – 121.

31 Vgl. *Eric Plutzer*, Becoming a Habitual Voter: Inertia, Resources, and Growth in Young Adulthood, in: *American Political Science Review*, 96. Jg. (2002), H. 1, S. 41 – 56.

32 Vgl. *Robert Bernstein / Anita Chadha / Robert Montjoy*, Overreporting Voting. Why it Happens and Why it Matters, in: *Public Opinion Quarterly*, 65. Jg. (2001), H. 1, S. 22 – 44.

Die Daten lassen die in der Literatur üblichen Tendenzen zwischen Bildungsgruppen und Wahlbeteiligung³³ erkennen. Wie vermutet, sind mit rund 60 Prozent in der Gruppe der Wähler vor allem Bildungsstärkere zu finden. Niedriggebildete stellen in der Gruppe der Wähler knapp 40 Prozent. Unter den Personen, die bei der Befragung angaben, nicht gewählt zu haben, überwiegen Niedriggebildete mit rund 53 Prozent gegenüber den Hochgebildeten (circa 47 Prozent) allerdings nur knapp.

Wie im Theorieteil bereits erläutert, muss davon ausgegangen werden, dass die Beteiligung an Wahlen von mehreren Faktoren gleichzeitig beeinflusst wird. Um diesen simultanen Einfluss zu prüfen, muss der rein bivariaten Betrachtung eine multivariate Analyse folgen. Die binäre abhängige Variable „Wahlbeteiligung“ macht ein logistisches Regressionsmodell erforderlich. Logistische Regressionsmodelle (auch Logit-Modelle genannt) verfolgen wie einfache lineare Regressionen das Ziel, eine abhängige Variable in einem möglichst hohen Ausmaß statistisch mit Hilfe meist mehrerer unabhängiger Variablen zu erklären. Logit-Modelle unterscheiden sich von linearen Regressionsmodellen allerdings durch ihre natürlich gegebene Nichtlinearität. Einflüsse von unabhängigen Größen können nicht direkt an der abhängigen Größe quantifiziert werden, sondern beziehen sich auf die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses der abhängigen Variablen. Finden Umfragedaten beziehungsweise Bevölkerungsstichproben für die Berechnungen Verwendung, versucht man vor allem, Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit zu ziehen.³⁴ Für diesen Beitrag liegt das Fragebogenitem „Wahlbeteiligung“ mit den beiden Kategorien „Wahl“ und „Nichtwahl“ als abhängige Variable vor. Mit dem hier verwendeten logistischen Regressionsmodell wird demnach geschätzt, inwiefern sich die Wahlberechtigten von den unterschiedlichen unabhängigen Variablen in ihrer Entscheidung, nicht wählen zu gehen, beeinflussen lassen.

Gemäß der drei Hypothesen stehen die beiden Größen „Bildung“ und „Regierungsleistung“ im Mittelpunkt. Im ersten Schritt wird der Erklärungsbeitrag dieser beiden unabhängigen Variablen auf die Nichtbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 geprüft. Um den alleinigen Effekt dieser beiden Größen (statistisch) abzusichern, werden im zweiten Schritt die theoretisch hergeleiteten Kontrollvariablen in das Modell mit aufgenommen.

Gemäß Hypothese 3 fällt der Effekt von Unzufriedenheit mit der Regierungsleistung für Hochgebildete stärker aus als für Niedriggebildete. Zur Überprüfung der Hypothese wird das Modell im dritten Schritt durch den Interaktionsterm von Bildung und Regierungsleistung ergänzt. In Tabelle 1 sind die drei schrittweise ergänzten Regressionsmodelle dargestellt. Da es sich um eine logistische Regression handelt, wird die Interpretation durch die natürlich gegebene Nichtlinearität des Modells erschwert. Eine Deutung der Logitkoeffizienten über die Richtung und Signifikanz hinaus ist nicht gewinnbringend, so dass sich die Interpretation darauf beschränkt.³⁵

33 Vgl. *André Blais*, Turnout in Elections, a.a.O. (Fn. 12).

34 Vgl. *David W. Hosmer* / *Stanley Lemeshow*, Applied Logistic Regression, New York 2000; *J. Scott Long*, a.a.O. (Fn. 19).

35 Vgl. *Carina Mood*, Logistic Regression: Why We Cannot Do What We Think We Can Do, and What We Can Do About It, in: *European Sociological Review*, 26. Jg. (2010), H. 1, S. 67 – 82; *Christof Wolf* / *Henning Best*, Logistische Regression, in: *dies.* (Hrsg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Wiesbaden 2010, S. 827 – 854.

Tabelle 1: Regressionsmodelle

	(1)	(2)	(3)
	Nichtwahl	Nichtwahl	Nichtwahl
Bildung_Niedrig	0.55*** (0.12)	0.55** (0.19)	1.88** (0.60)
Regierungsleistung	0.32*** (0.026)	0.19*** (0.038)	0.28*** (0.055)
Wahlnorm		0.82*** (0.066)	0.82*** (0.066)
Politikinteresse		0.80*** (0.10)	0.80*** (0.10)
Parteiidentifikation		1.07*** (0.20)	1.08*** (0.20)
Alter		0.30** (0.097)	0.31** (0.097)
Einkommen		0.44*** (0.12)	0.45*** (0.13)
Interaktionsterm			-0.18* (0.076)
_cons	-3.96*** (0.22)	-11.1*** (0.70)	-11.9*** (0.80)
pseudo R^2	0.102	0.420	0.424
AIC	1813.1	934.2	930.5
N	2.022	1.637	1.637

Anmerkungen: Abhängige Variable = Nichtwahl; Standardfehler in Klammern; ein positiver Koeffizient bedeutet folgendes: steigt die unabhängige Variable um eine Kategorie, so erhöht sich die geschätzte Wahrscheinlichkeit von Nichtwahl; * signifikant auf Fünf-Prozent-Niveau ($p < 0.05$), ** signifikant auf Ein-Prozent-Niveau ($p < 0.01$), *** signifikant auf 0,1 Prozent-Niveau ($p < 0.001$).
Quelle: GLES Nachwahl-Befragung BTW 2009.

Im ersten Schritt werden Bildung und Regierungsleistung in das Modell (Modell 1) aufgenommen. Die beiden Indikatoren verhalten sich hinsichtlich ihrer Signifikanz und Richtung im Modell gemäß den theoretischen Erwartungen.

Eine tendenziell höhere Bildungsstufe hat einen positiven Effekt auf die Beteiligung an Wahlen. Je höher der Bildungsabschluss einer Person, desto wahrscheinlicher hat sich diese auch an der Bundestagswahl 2009 beteiligt. Im Umkehrschluss gilt, dass sich formal niedrig Gebildete eher dazu entscheiden, nicht zur Wahl zu gehen. Demzufolge kann Hypothese 1 bestätigt werden.

Ähnlich verhält es sich mit der Regierungsleistung. Je zufriedener Befragte mit der Regierungsleistung der vergangenen vier Jahre sind, desto eher sind sie auch bereit, sich an der Wahl zu beteiligen. Unzufriedene tendieren vergleichsweise wahrscheinlicher zur Wahlenthaltung. Demnach kann auch Hypothese 2 bestätigt werden.

Um das Argument dieses Beitrags von konkurrierenden theoretischen Annahmen abzugrenzen, werden im zweiten Schritt die jeweiligen Kontrollvariablen in das Modell aufgenommen (Modell 2). Auch diese verhalten sich hinsichtlich Signifikanz und Richtung kon-

form zu den theoretischen Annahmen. Je mehr die Befragten der Aussage zustimmen, dass Wahlbeteiligung die Pflicht eines jeden Bürgers sei (starke Wahlnorm), desto eher werden sie auch das Wahllokal aufsuchen beziehungsweise bei der Bundestagswahl 2009 aufgesucht haben. Hingegen führen schwaches politisches Interesse und eine wenig ausgeprägte Wahlnorm zu einer wahrscheinlicheren Nichtbeteiligung. Wie im Theorieteil dargelegt, geht eine niedrige formale Bildung tendenziell mit einem niedrigeren Einkommen einher. Entsprechend verhält sich auch der Einkommensindikator. Schwaches Einkommen hat einen positiven Effekt auf die abhängige Variable Nichtwahl. Die theoretischen Annahmen des Michigan-Modells bezüglich politischer Partizipation durch Wahlbeteiligung werden ebenfalls bestätigt. Fühlen sich die Respondenten einer bestimmten Partei eng verbunden (Parteidentifikation), neigen sie auch dazu, sich generell eher an Bundestagswahlen (hier speziell die Bundestagswahl 2009) zu beteiligen. Auch die Annahme zum Alterseffekt wird letztendlich durch die hier verwendeten Daten zur Bundestagswahl 2009 bestätigt.

Anhand der Gütekriterien ist erkennbar, dass der Anteil erklärter Varianz durch die Aufnahme der Kontrollvariablen erheblich steigt. Die beiden für die Fragestellung zentralen Variablen Bildung und Regierungsleistung sinken in ihrer Effektstärke nur wenig ab, und die Signifikanz bleibt jeweils gewahrt.

Gemäß Hypothese 3 variiert der Einfluss von Unzufriedenheit mit der Regierungsleistung auf Wahlverweigerung zwischen den Bildungsgruppen. Es wird vermutet, dass der kurzfristige Effekt bei Höhergebildeten stärker ausfällt als bei Niedriggebildeten. Folglich wird unterstellt, dass die Wirkung der unabhängigen Variable Regierungsleistung auf die abhängige Variable Nichtwahl in Wirklichkeit mit den Ausprägungen der anderen unabhängigen Variable Bildung variiert. Um diese Annahme zu testen, wird aus Bildung und Regierungsleistung ein Interaktionsterm gebildet und in Schritt drei in das Modell (Modell 3) mit aufgenommen.³⁶ Der Interaktionsterm ist signifikant, und die Gütekriterien belegen, dass die Erklärungskraft des Modells durch die Aufnahme steigt und der Anteil an erklärter Varianz zunimmt.

Regressionsmodelle mit Interaktionstermen sind für eine einfache Interpretation anhand der Koeffizienten zu komplex. Abhilfe schaffen hier Visualisierungsmöglichkeiten von vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der abhängigen Variable Nichtwahl.³⁷ In Abbildung 1, 2 und 3 sind solche „Conditional-Effect-Plots“ der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für Nichtwahl dargestellt.

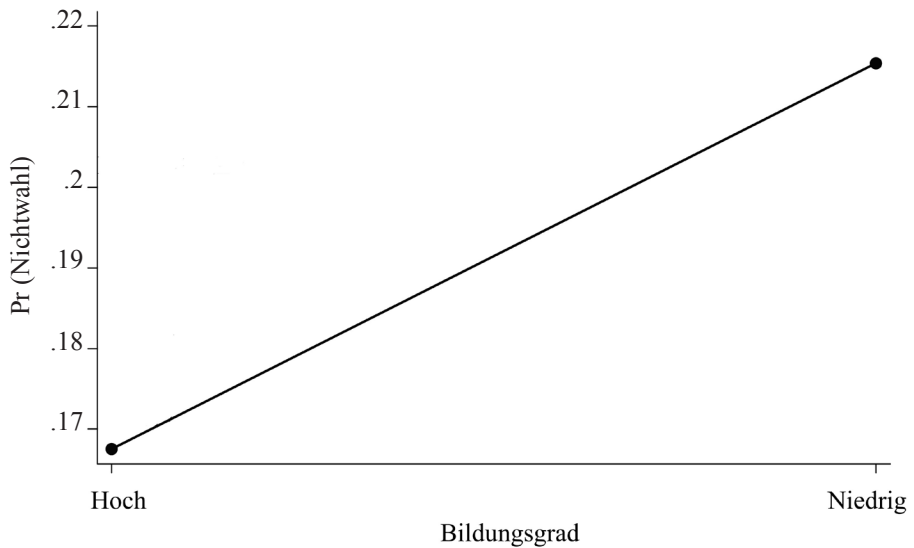
Abbildung 1 verdeutlicht die Schlussfolgerungen anhand der Koeffizienten aus dem Regressionsmodell. Je niedriger die formale Bildung einer Person, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl. Insgesamt wirkt sich Bildung aber nur schwach auf die Wahlwahrscheinlichkeit aus. Der Wechsel von hoher zu niedriger Bildung erhöht die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl um lediglich 0,04. Wie vermutet ist es sinnvoller, formale Bildung als Variable in einem Regressionsmodell differenzierter zu betrachten.

In Abbildung 2 zeigt sich eine ähnliche Tendenz. Je unzufriedener die Befragten mit der Leistung der Regierung der letzten Jahre sind, desto wahrscheinlicher verweigern sie die

36 Vgl. *James Jaccard*, *Interaction Effects in Logistic Regression*, Thousand Oaks 2001.

37 Vgl. *Gerrit Bauer*, Graphische Darstellung regressionsanalytischer Ergebnisse, in: *Christof Wolf / Henning Best* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 35), S. 905 – 927; *John Fox*, Effect Displays in R for Generalised Linear Models, in: *Journal of Statistical Software*, 8. Jg. (2003), H. 15, S. 1 – 27.

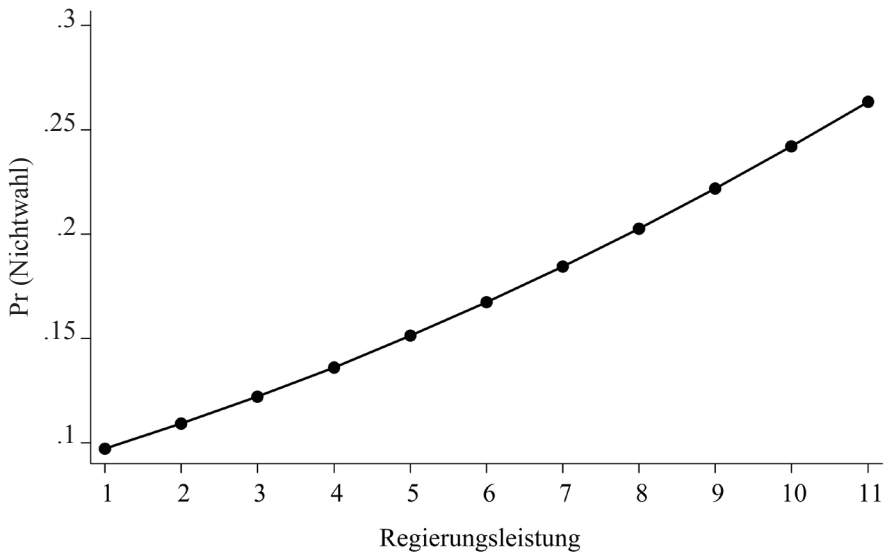
Abbildung 1: Vorhergesagte Nichtwahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit vom Bildungsgrad (N=1.637)



Lesehilfe: Auf der senkrechten Achse ist die Nichtwahlwahrscheinlichkeit von 0 bis 1 abgetragen, auf der waagerechten Achse die Bildungsvariable. Sinkt der Bildungsgrad auf „niedrig“ erhöht sich die Nichtwahlwahrscheinlichkeit.

Quelle: GLES Nachwahl-Befragung BTW 2009.

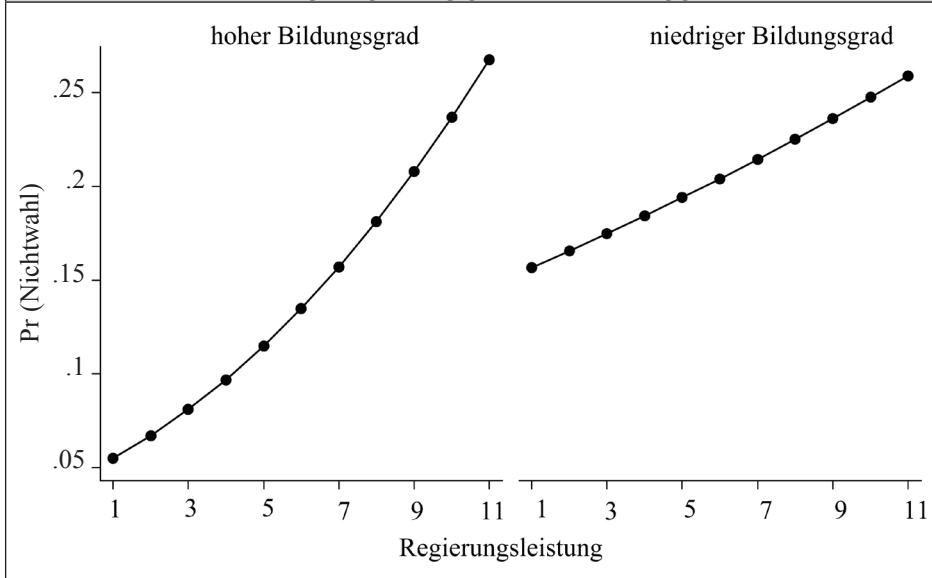
Abbildung 2: Vorhergesagte Nichtwahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit der Regierungsleistung (N=1.637)



Lesehilfe: Auf der senkrechten Achse ist die Nichtwahlwahrscheinlichkeit von 0 bis 1 abgetragen, auf der waagerechten Achse die elfstufige Variable zur Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit (von 1 „voll und ganz zufrieden“ bis 11 „vollständig unzufrieden“). Sinkt die Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit um eine Stufe, erhöht sich die Nichtwahlwahrscheinlichkeit.

Quelle: GLES Nachwahl-Befragung BTW 2009.

Abbildung 3: Vorhergesagte Nichtwahlwahrscheinlichkeit in Abhängigkeit von der Zufriedenheit mit der Regierungsleistung, getrennt nach Bildungsgrad (N=1.637)



Lesehilfe: Auf der senkrechten Achse ist die Nichtwahlwahrscheinlichkeit von 0 bis 1 abgetragen, auf der waagerechten Achse die elfstufige Variable zur Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit (von 1 „voll und ganz zufrieden“ bis 11 „vollständig unzufrieden“). Sinkt die Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit um eine Stufe, erhöht sich die Nichtwahlwahrscheinlichkeit. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten werden getrennt nach Bildungsgrad dargestellt.

Quelle: GLES Nachwahl-Befragung BTW 2009.

Wahl. Der Effekt einer schlecht eingeschätzten Performanz auf Wahlverweigerung ist stärker als jener der Bildung. Der Wechsel von höchster zu niedrigster Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit erhöht die Wahrscheinlichkeit von Nichtwahl um 0,16.

Hinsichtlich der Forschungshypothese ist der kurzfristige Effekt der Regierungsleistung aber nicht für alle Bildungsgruppen gleich stark. Vermutlich fällt er für Hochgebildete aufgrund höherer kognitiver Fähigkeiten stärker aus. Die Aufnahme des Interaktionsterms in Modell 3 ergibt eine signifikante Verbesserung. Eine Interpretation der Interaktion ist aber nur durch die graphische Darstellung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten möglich.

Aus Abbildung 3 ist abzulesen, dass der Effekt der Performanzeinschätzung zwischen den Bildungsgruppen variiert. Für Hochgebildete fällt dieser sehr stark, bei Niedriggebildeten sehr schwach aus. Am deutlichsten zeigt sich der Unterschied bei den Befragten, die der vergangenen Regierungsleistung tendenziell positiv gegenüberstehen. In der Gruppe der Bessergebildeten führt eine positiv eingeschätzte Regierungsleistung zu einer fast sicheren Wahlteilnahme. Die Wahrscheinlichkeit der Nichtwahl ist bei diesen Personen fast Null. Je unzufriedener diese allerdings mit der Regierungsleistung werden, desto wahrscheinlicher wird auch die Nichtbeteiligung an der Bundestagswahl 2009. So liegt die Wahrscheinlichkeit der Wahlverweigerung unter den hochgebildeten völlig Unzufriedenen bei knapp 0,30.

Bei den Niedriggebildeten fällt der Effekt weitaus schwächer aus. Zwar sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten bei den Zufriedenen höher als bei den Unzufriedenen, doch

ist der Unterschied weitaus geringer als bei den Hochgebildeten. Gehen niedriggebildete vollkommen Zufriedene mit einer vorhergesagten Wahrscheinlichkeit von circa 0,26 nicht zur Wahl, verweigern die zufriedenen Niedriggebildeten ihre Stimme mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp 0,16. Der Nichtwahleffekt der kurzfristigen Variable variiert also zwischen den Bildungsgruppen und fällt bei Höhergebildeten weitaus stärker aus. Hypothese 3 kann somit ebenfalls bestätigt werden.

4. Schlussfolgerungen: Bildungsniveaus und Wahlbeteiligung

Offenkundig hat die bisherige Forschung den Zusammenhang zwischen Bildung, Unzufriedenheit und Wahlbeteiligung nicht in seiner vollen Komplexität erfasst. Unzufriedenheit mit dem politischen Personal führt nicht nur bei Bildungsschwachen zur Wahlenthaltung, sondern vor allem auch bei Höhergebildeten. Diese Hypothese konnte mit den hier präsentierten Daten ebenso bestätigt werden wie die Annahmen, dass niedrige Bildung und Regierungsleistung einen positiven Effekt auf die Stimmenthaltung bei Wahlen haben.

*Ursula Feist*³⁸ und *Armin Schäfer*³⁹ bezeichnen das Protestverhalten einer einzelnen schlechtgebildeten Bevölkerungsschicht als Krisen- und Alarmzeichen für das demokratische System. Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit und daraus resultierende Wahlverweigerung scheint allerdings kein alleiniges Phänomen der bildungsfernen Schicht zu sein. Auch bei Hochgebildeten führt Unzufriedenheit in einem erheblichen Maße zur Wahlabsistenz. Obwohl nach *Brady* u.a.⁴⁰ Bessergebildete in der Lage sein sollten, politische Prozesse zu verstehen, wählen sie beispielsweise nicht eine Oppositionspartei, sondern reagieren resigniert mit völligem Rückzug. Die eigentlichen Gründe für dieses (tiefgreifendere) Phänomen einer durch Unzufriedenheit wahlmüde gewordenen hochgebildeten Gesellschaftsschicht bleiben (im Rahmen dieser Untersuchung) im Verborgenen. Fest steht, dass verdrossene Nichtwähler ein gesamtgesellschaftliches Problem sind, das zudem weitaus tiefer verankert ist als bisher befürchtet.

Der hier identifizierte Zusammenhang zwischen Bildung, Unzufriedenheit und Wahlbeteiligung wurde bislang nur für die Bundestagswahl 2009 nachgewiesen. Es müsste in weiteren Studien geprüft werden, ob sich der Effekt auch bei anderen Wahlen nachweisen lässt und gegebenenfalls über die Zeit zugenommen hat. Anzumerken bleibt, dass die AFD (Alternative für Deutschland) bei der Bundestagswahl 2009 noch nicht zur Wahl stand. Aktuelle Wählerströmungen legen nahe, dass viele unzufriedene (ehemalige) Nichtwähler in dieser Partei eine Alternative in der deutschen Parteienlandschaft (und zu Wahlenthaltung) sehen. Auf den Ergebnissen dieses Beitrags aufbauend, könnte in weiteren Studien mit aktuelleren Umfragedaten auch dieser Aspekt genauer untersucht werden.

38 Vgl. *Ursula Feist*, a.a.O. (Fn. 2).

39 Vgl. *Armin Schäfer*, a.a.O. (Fn. 4).

40 Vgl. *Henry E. Brady* / *Sidney Verba* / *Kay Lehman Schlozman*, a.a.O. (Fn. 9).